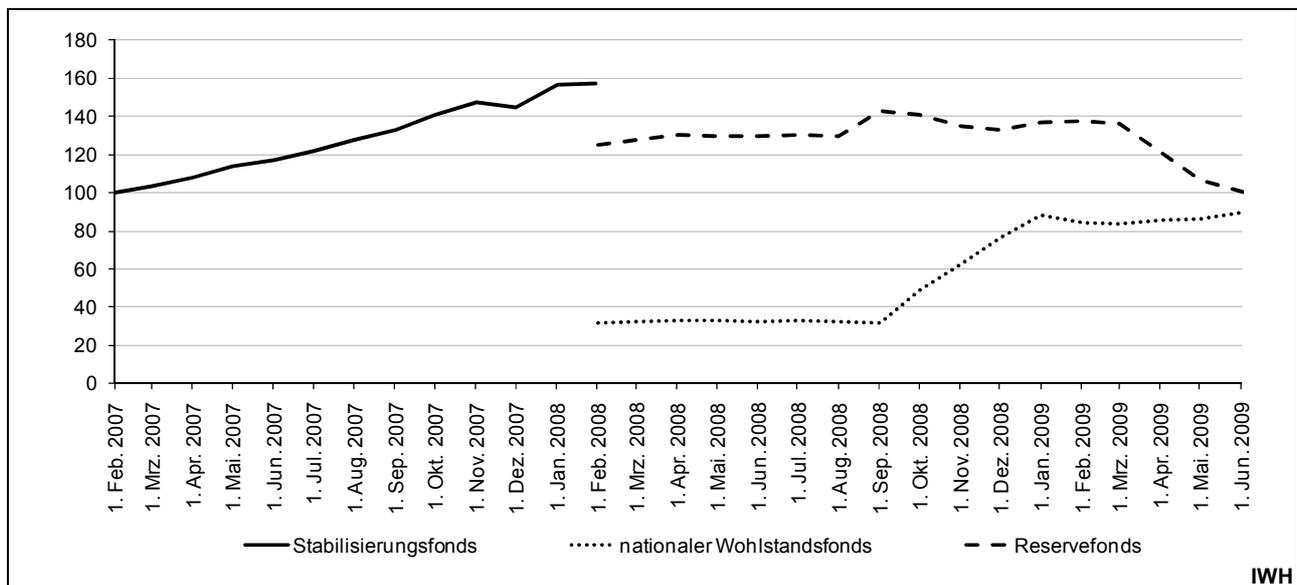


Abbildung 6:

Vermögen des staatlichen Stabilisierungsfonds bis Ende Januar 2008 (später aufgeteilt in Reservefonds und nationalen Wohlfonds)  
- in Mrd. US-Dollar -



Quellen: Ministry of Finance of the Russian Federation; Berechnungen und Darstellung des IWH.

cash flow der russischen Unternehmen verringern sowie den Anteil zweifelhafter Forderungen im Bankensektor in die Höhe treiben.

Längerfristig ist angesichts fehlender Ansätze zur Reform des Finanz- und Unternehmenssektors zu befürchten, dass die Krise das ohnehin schon übermäßig hohe Niveau staatlicher Kontrolle über die russische Wirtschaft weiter anheben wird. In der Tendenz dürfte sich damit die bereits heute stark ausgeprägte Verflechtung zwischen dem russischen Staat und der Privatwirtschaft verstärken. Die Ursachen hierfür liegen vor allem darin, dass eine wettbewerbsorientierte und sich selbst regulierende Wirtschaft nicht dem Rent-Seeking-Bewusstsein der russischen politischen sowie wirtschaftlichen Elite entspricht. Auf der institutionellen Ebene gibt es im wirtschaftspolitischen System Russlands keine Mechanismen, die effektiv politische wie ökonomische Macht einschränken. Dieses Mal steht jedoch die Glaubwürdigkeit des politischen

Systems auf dem Spiel. Daher hat die aktuelle Krise auf der wirtschaftspolitischen Ebene Umdenkprozesse angestoßen. Es wird aktuell nicht nur darüber diskutiert, wie der Staat die negativen Auswirkung der Weltfinanzkrise ausgleichen kann, sondern auch darüber, wie durch die gezielten wirtschaftspolitischen Maßnahmen die strukturellen Schwächen der russischen Wirtschaft behoben werden können. Das Augenmerk richtet sich zunehmend auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, um die wirtschaftliche Basis des russischen marktwirtschaftlichen Systems auszuweiten. Allgemein gesehen birgt die aktuelle Entwicklung sowohl in ökonomischer als auch in politischer Dimension viele Gefahren, die kaum für eine schnelle Erholung des Landes von den Folgen der Weltfinanzkrise sprechen.

Marina Gruševaja  
(Marina.Grusevaja@iwh-halle.de)

### Konferenzbericht:

#### „Analysen und Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH –“

Zum Thema „Analysen und Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH –“ fand am 4. Juni 2009 zum dritten Mal in Folge eine Konferenz, diesmal in den Räumen des IWH, statt. Die

Vorstellung der Forschungsergebnisse des Instituts richtete sich an die eingeladenen Abgeordneten der Landtage der Neuen Bundesländer, die Fachreferenten der Wirtschaftsministerien sowie an inter-

essierte Vertreter aus Forschung, Verwaltung und den Medien. Ziel war es, die Politik auf Grundlage wissenschaftlich belastbarer Analysen über aktuelle Entwicklungen zu informieren, diese gemeinsam zu bewerten und künftige Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer zu formulieren.

Einleitend fasste *Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Blum*, Präsident des IWH, kurz die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft in den vergangenen 20 Jahren und den erreichten Stand der Integration Ostdeutschlands in die deutsche Volkswirtschaft zusammen. Hierbei hob er hervor, dass die ostdeutsche Wirtschaft trotz eher vorleistungsorientierter, kleinteiliger Produktionsstrukturen, fehlender Headquarter großer Unternehmen und einer schwachen Binnennachfrage gute Entwicklungsdaten aufweise. So sei das Leistungsbilanzdefizit rückläufig und der Aufbau innovativer Wachstumskerne in zukunftsorientierten Branchen wie der Biotechnologie oder der erneuerbaren Energien erfolgreich. Damit habe sich Ostdeutschland gut in die globalisierten Wirtschaftsbeziehungen eingefügt, leide aufgrund dessen jedoch auch unter konjunkturellen Schwankungen, die sich durch die aktuelle Weltfinanzkrise in den nächsten Jahren erheblich auswirken werden.

Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium des Landes Sachsen-Anhalt, *Thomas Pleye*, übermittelte im Anschluss daran ein Grußwort von Wirtschaftsminister *Dr. Rainer Haseloff* und skizzierte die aktuellen Maßnahmen der Landesregierung als Reaktion auf die Krise. Die Umsatzeinbrüche im Verarbeitenden Gewerbe lägen zwar unter dem Bundesdurchschnitt, seien aber trotzdem besorgniserregend hoch. Im Zusammenhang damit seien zahlreiche Anträge auf Kurzarbeit bei der Landesregierung eingegangen, wobei die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht gesunken sei. Zur Beschleunigung der Ausschüttung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II seien die Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge erhöht und der KMU-Darlehensfond auch für größere Unternehmen geöffnet worden; zudem werde über eine Lockerung der Richtlinien zur Bewilligung von GA-Mitteln<sup>54</sup> nachgedacht. Abschließend wies *Pleye* auf die geplanten Investitionen in Forschungseinrichtungen im Bereich Automobil, Photovoltaik und Biotechnologie in Sachsen-Anhalt hin.

---

<sup>54</sup> Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA).

Den ersten Fachvortrag des Tages hielt *Prof. Dr. Udo Ludwig* aus der Abteilung Makroökonomik des IWH zur Wirkung der Finanzmarktkrise auf die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt. Der vom IWH aufgebaute regionale Bankenmonitor habe gezeigt, dass bei der Fremdfinanzierung der laufenden Geschäfte keine Kreditklemme existiert und die Unternehmen vor allem durch den Absatzrückgang in der Realwirtschaft von der Finanzkrise betroffen sind. Die Umsatzrückgänge seien jedoch aufgrund des geringeren Industrialisierungsgrads sowie der niedrigeren Exportintensität und der Branchenstruktur der Industrie hier weniger dramatisch als in den Alten Bundesländern. Allerdings könne ein verzögerter Produktionsrückgang nicht ausgeschlossen werden. Die Risikoeinschätzungen der Banken hätten sich bezüglich der allgemeinen Konjunktur und der Anfälligkeit der Branchen erhöht, wobei vor allem die Sparkassen und Genossenschaftsbanken Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der staatlichen Rettungsschirme beklagen.

Anschließend zog *Dr. Gerhard Heimpold* aus der Abteilung Strukturökonomik eine Bilanz der langfristigen Industrieentwicklung und der entsprechenden Förderpolitik in den Neuen Bundesländern. Als ein zentrales Element der Industriepolitik in den Neuen Ländern hob der Referent die Förderung privater Unternehmensinvestitionen hervor. Zahlreiche Studien, darunter auch solche aus dem IWH, hätten Hinweise auf positive Anstoßeffekte der Investitionsförderung gegeben.<sup>55</sup> Gleichwohl werde in der Literatur auch die Gefahr möglicher Fehlinvestitionen und Gewöhnungseffekte thematisiert.<sup>56</sup> Ausführlicher ging *Heimpold* ebenso auf die Förderung von Unternehmensnetzwerken als industriepolitischen Ansatz ein. Mit diesem Ansatz wurde und wird versucht, auf die Kleinteiligkeit der Unternehmensstrukturen in Ostdeutschland zu reagieren und die kleinen und mittleren Unternehmen durch Förderung von Vernetzungen zur ökonomischen Leistungssteigerung zu befähigen. Das Verarbeitende Gewerbe in den Neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) weise im Jahr 2008 noch immer eine Produktivitätslücke von einem knappen Fünftel im Vergleich zu den

---

<sup>55</sup> Vgl. z. B. LEHMANN, H.; STIERWALD, A.: Investitionsförderung in Ostdeutschland – Ergebnisse einer empirischen Wirkungsanalyse, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 5/2004, S. 122-128.

<sup>56</sup> Vgl. DIW Berlin; IAB; IfW; IWH; ZEW: Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. IWH-Sonderheft 7/2003. Halle (Saale) 2003. S. 183-187.

Alten Bundesländern auf, in Sachsen-Anhalt seien im Jahr 2008 95,9% des westdeutschen Vergleichswertes erreicht worden. Die Lohnstückkosten des Verarbeitenden Gewerbes lägen im Durchschnitt in Ostdeutschland seit dem Jahr 2002 unter dem Niveau in den Alten Bundesländern. Zukünftige Herausforderungen bestünden in der Stärkung der industriellen Forschung und Entwicklung, der Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie der Etablierung von wissensbasierten Zukunftstechnologien.

Im zweiten Teil der Veranstaltung erörterte *Katja Wilde* aus der Abteilung Strukturökonomik die Problematik der Anpassung der Neuen Bundesländer an die abschmelzenden Transferzahlungen im Rahmen des Auslaufens des Solidarpaktes II. Verstärkt werde dieser Rückgang durch Steuerausfälle aufgrund des Bevölkerungsrückganges und durch sinkende EU-Zuwendungen, was die Landshaushalte zu Einsparungen in der Ausgabenstruktur zwingen werde. So müsse versucht werden, die Zinslast zu senken, über Bürokratieabbau und E-Government Personal einzusparen sowie die entstehenden finanziellen Spielräume zur effizienten Wirtschaftsförderung einzusetzen.

Der demographische Wandel als Herausforderung für die Entwicklung der Kommunen am Beispiel der Kosten der leitungsgebundenen Infrastruktur in ostdeutschen Mittelstädten war Thema des Vortrags von *Dr. Peter Haug*, Abteilung Stadtökonomik. Die ausgewählten Fallstudienstädte in Sachsen und Sachsen-Anhalt seien exemplarisch für Ostdeutschland mit drei zentralen Problemen konfrontiert: der Verteilung der den Leitungsnetzen zurechenbaren Fixkosten auf immer weniger Einwohner („Fixkostenfalle“), dem regulären Erneuerungsbedarf der Netzinfrasturktur sowie den Kosten der Netzanpassung als Folge von Stadtumbaumaßnahmen. Nach den durchgeführten Simulationsrechnungen sei bis zum Jahr 2030 – vor allem im Abwasserbereich – mit Zuwächsen bei den realen Durchschnittskosten von über 40% zu rechnen. Als wesentliche Ursachen der Kostensteigerungen wurden der Bevölkerungsrückgang und der reguläre Erneuerungsbedarf benannt. Da der Leitungsnetzbestand durch die geplanten Stadtumbaumaßnahmen nur marginal verringert würde, wären die dadurch verursachten Zusatzkosten pro Kubikmeter Wasser oder Abwasser vernachlässigbar gering. Folglich bezweifelte der Referent u. a. die Sinnhaftigkeit der Förderung von Anpassungsmaßnahmen der technischen Infrastruktur im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“.

Abschließend stellte *Dr. Herbert S. Buscher* stellvertretend für die beteiligten Autoren *Dr. Eva Dettmann*, *Christian Schmeißer*, *Dr. Marco Sunder* und *Dirk Trocka* aus der Abteilung Strukturökonomik sowie der Abteilung Methoden und Datenbanken die Studie zum Fachkräftebedarf in Thüringen bis zum Jahr 2015 vor.<sup>57</sup> Thüringen als relativ dünn besiedeltes, aber recht hoch industrialisiertes ostdeutsches Bundesland kämpfe schon heute mit hohem Bevölkerungsrückgang und einem Pendlersaldo nach Hessen und Bayern. Zudem würden viele Branchen unterhalb ihres zukünftigen Bedarfs ausbilden und zu viele junge Leute in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten lernen. Der Arbeitskräfteeubedarf sei vor allem auf Facharbeiter im technischen Bereich und weniger auf Akademiker ausgerichtet. Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung bzw. -haltung könnten die Einstellung von älteren Arbeitnehmern bzw. deren Weiterbeschäftigung über das Renteneintrittsalter hinaus, mehr Praktikums- und Ausbildungsplätze, mehr Werbung für technische Berufe an Schulen und Hochschulen oder attraktivere Arbeitsbedingungen sein. Laut der Studie hätten die Unternehmer die Problematik erkannt und würden sich der genannten Handlungsoptionen bedienen.

Die Veranstaltung schloss mit der Diskussion über mögliche Perspektiven des demographischen Wandels in Ostdeutschland, der als wachstumshemmender Faktor in fast allen Fachvorträgen thematisiert wurde. Die niedrigen Geburtenraten und der negative Wanderungssaldo seien Probleme, deren Auswirkungen die Politik und Forschung in den nächsten Jahren noch intensiver beschäftigen werden. Zur Bewältigung und Anpassung an diesen Strukturwandel muss ein intensiver inhaltlicher Austausch zwischen den genannten Akteuren stattfinden.

Die Veranstalter bedankten sich bei allen Anwesenden für die Teilnahme- und Diskussionsbereitschaft und freuen sich darauf, die Konferenzserie im kommenden Jahr mit Präsentationen aus der aktuellen Forschung des IWH rund um die wirtschaftlichen Entwicklungen in Ostdeutschland fortsetzen zu können.

*Jutta Günther*  
(*Jutta.Guenther@iwh-halle.de*)  
*Hannes Pfeifer*  
(*Hannes.Pfeifer@iwh-halle.de*)

<sup>57</sup> BUSCHER, H. S.; DETTMANN, E.; SCHMEISSER, C.; TROCKA, D.; SUNDER, M.: Entwicklung des Fachkräftebedarfs in Thüringen bis 2015. IWH-Sonderheft 2/2009. Halle (Saale) 2009.